
Rosa Luxemburg: Leben und Werk

Rezension von: Ernst Piper,
 Rosa Luxemburg: Ein Leben,
 Karl Blessing Verlag, München 2018,
 832 Seiten, gebunden, € 32,90;
 ISBN: 978-3-896-67540-8;
 Holger Politt (Hrsg.), Rosa Luxemburg,
 Nationalitätenfrage und Autonomie,
 Karl Dietz Verlag, Berlin 2018,
 302 Seiten, broschiert, € 25,60;
 ISBN 978-3-320-02274-7.

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 als Rozalia Luxenburg, in der Kleinstadt Zamość, etwa 250 Kilometer südöstlich von Warschau, geboren. Als Rosa Luxemburg zweieinhalb Jahre war, zog die Familie nach Warschau, das die Hauptstadt des 1815 geschaffenen Königreichs Polen war. Dadurch, dass das Königreich Polen zum Zarenreich gehörte, war die polnisch-russische Zollgrenze weggefallen. Das hatte einen Wirtschaftsaufschwung zur Folge, was später in Rosa Luxemburgs Dissertation eine wichtige Rolle spielte.

Rosa Luxemburg fuhr 1888 nach Zürich, wo sie studieren wollte. Grund war, dass die zaristische Polizei durchaus gewillt war, gegen die sozialistische Agitatorin vorzugehen und sie zu verhaften. Sie hatte sich bereits im März 1888 einen Reisepass ausstellen lassen, denn das Zarenreich verlangte für jeden Grenzübertritt die Vorlage eines Reisepasses, während ansonsten in Europa freier Reiseverkehr herrschte. Luxemburg hatte Zürich nicht zufällig zu ihrem neuen Lebensmittelpunkt erkoren. Sie wollte studieren, und hier war das möglich. Während in Deutschland und Österreich Frauen erst um die

Jahrhundertwende zum Studium zugelassen wurden, schrieben sich an der Philosophischen Fakultät der Universität Zürich schon 1840 die ersten Frauen ein. Sie belegte im Wintersemester 1889/90 Vorlesungen in Allgemeiner Zoologie, wandte sich in ihrem Studium jedoch schon bald der Nationalökonomie zu.

In einem umfangreichen Aufsatz über neue Strömungen in der polnischen sozialistischen Bewegung in Deutschland und Österreich ging es Luxemburg um den Kampf gegen die Vertreter der nationalistisch-sozialistischen Richtung, die die Wiederherstellung eines polnischen Staates als eine Forderung des Proletariats sanktionieren wollten. 1893 hatten sich in Berlin verschiedene polnische sozialistische Gruppen als Polnisch-Sozialistische Partei (PPS) für die Provinz Posen konstituiert. Diese preußische PPS war ein autonomer Bestandteil der SPD, und dagegen zog Luxemburg zu Felde. Luxemburg war natürlich nicht gegen die Befreiung der Polen. Sie fühlte sich als Polin, liebte die polnische Kultur, und Polnisch war ihre Muttersprache. Aber sie war gegen die Wiedererrichtung des polnischen Staates als Nationalstaat in der alten Form.

Annelies Laschitzka, einst Galshüterin der Luxemburg-Forschung in der DDR, bescheinigt ihr in ihrer Biografie nationalen Nihilismus, Realitätsferne und theoretischen Starrsinn. Den Vorwurf des nationalen Nihilismus, so Piper, hatte auch schon der ungarische Kommunist Georg Lukacs erhoben, der die KPD in den 1920er-Jahren von Luxemburgs ideologischen Fehlern beeinflusst sah. Angesichts des jüngst wieder aufgeflamten Nationalismus in Polen und andernorts kann man in der Tat daran zweifeln, dass die natio-

nen Absonderungen und Gegensätze der Völker mehr und mehr verschwinden, wie es einst im Kommunistischen Manifest hieß. Die separatistischen Bewegungen in Europa vermitteln im Gegenteil den Eindruck, dass die schwindende Wirkmächtigkeit der Nationalstaaten die Absonderungen und Gegensätze der verschiedenen Ethnien und Regionalismen wieder schärfer hervortreten lassen. In den Vorwurf der Realitätsferne wären insofern auch Marx und Engels einzubeziehen, die sich in ihren Prognosen bezüglich historischer Entwicklungen häufig genug geirrt haben.

Dietmar Dath, ein Marxist auch er, allerdings jeglicher Orthodoxie unverdächtig, kommt denn auch zu einer gänzlich anderen Einschätzung als Laschitzka. Er sieht gerade Luxemburgs Nichtpatriotismus als prophetisch an, weil ihr schon damals klar gewesen sei, dass nationale Befreiungsbewegungen, die den sozialen Fortschritt Huckepack nehmen sollen, diesem Fortschritt je nach Startbedingungen eher schlecht als recht den Weg bereiten. Tatsächlich ist Pilsudski, der starke Mann der PPS, auch nicht als Befreier der Arbeiterklasse, sondern als Diktator in die Geschichte eingegangen.

Rosa Luxemburg war eine charismatische Persönlichkeit. Schon ihr erster öffentlicher Auftritt, im August 1893 in Zürich, erregte großes Aufsehen. Im gleichen Jahre gründeten sie und Jogiches zusammen die SDKP, die „Sozialdemokratie des Königreichs Polen“, für deren Organisation hauptsächlich Jogiches verantwortlich zeichnete. 1897 übersiedelte Rosa Luxemburg nach Deutschland. 1898 absolvierte sie, kaum in Deutschland angekommen, für die SPD eine Wahlkampf-

tournee durch die Provinz Posen, die ihren Ruf als brillante Rhetorikerin begründete. Durch ihre Broschüre „Sozialreform oder Revolution?“ griff sie in die Revisionismusdebatte ein. Sie verteidigte den revolutionären Standpunkt gegen den revisionistischen Eduard Bernsteins und forderte den Ausschluss der Reformisten aus der Partei. 1910 kam es zum Bruch mit Karl Kautsky aufgrund politischer Differenzen, u. a. bezüglich der Frage des Einsatzes des Generalstreiks als Kampfmittel der Arbeiterklasse. Als der Balkankrieg 1913 fast schon einen Weltkrieg auslöste, organisierte sie Demonstrationen gegen den Krieg: In zwei Reden rief sie eine Menge von jeweils Hunderttausenden zu Kriegsdienst- und Befehlsverweigerung auf.

Im dritten Jahr des Ersten Weltkriegs, 1916, riefen sie und Karl Liebknecht die linkssozialistische „Spartakusgruppe“ ins Leben. Infolge ihrer kriegsgegnerischen Agitation war Rosa Luxemburg während der Kriegsjahre fast ununterbrochen inhaftiert. Ihre berühmten „Briefe aus dem Gefängnis“, welche ihre hohe künstlerische Begabung offenbarten, sind eine Beschreibung des grauen Haftalltags und der Wünsche einer Intellektuellen, die sich mit Botanik beschäftigte, Kohlmeisen und Tauben beobachtete, um die Einsamkeit zu überwinden.

Zwei Monate nach der Novemberrevolution in Berlin, die zum Sturz der Monarchie, zur Ausrufung der parlamentarischen Demokratie und zur Machtübernahme einer von den Mehrheitssozialisten dominierten provisorischen Reichsregierung geführt hatte, gründeten die Spartakisten und andere linkssozialistische Gruppen am 1. Jänner 1919 die KPD. Diese nahm Rosa Luxemburgs Spartakus-Programm

kaum verändert als Parteiprogramm an.

Den Versuch der KPD im Jänner 1919, die Macht gewaltsam zu übernehmen, lehnte Luxemburg als verfrüht ab. Die Regierungstruppen schlugen den sog. Spartakusaufstand nieder. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden am 15. Jänner 1919 von Mitgliedern rechtsextremistischer Freikorps ermordet.

Rosa Luxemburg war ein durch und durch politischer Mensch, kein reiner Theoretiker wie Marx oder auch Kautsky, aber auch kein Parteibürokrat, wie es mit fortschreitenden organisatorischen Erfolgen viele gab in den sozialistischen Bewegungen. Dabei muss offenbleiben, wie ihre politischen Positionen sich weiterentwickelt hätten, wenn sie länger gelebt hätte. Die Unabgeschlossenheit ihres Werkes bietet Raum für die unterschiedlichsten Interpretationen.

Während etwa Ulla Plener (deutsche Historikerin) die Auffassung vertritt, bei allen Kontroversen zwischen Luxemburg und Lenin seien doch die Gemeinsamkeiten das Entscheidende gewesen, und sich gegen eine dogmatische Entgegenstellung Luxemburgs gegen Lenin wehrt, so vertritt Hermann Weber, der als junger Mann selbst einige Jahre Mitglied der KPD war und sein Forscherleben der Geschichte des deutschen Kommunismus gewidmet hat, die These, dass Luxemburg eine eigene Spielart des Kommunismus begründet habe, den demokratischen Kommunismus. Diesen Begriff würden andere wiederum für einen Widerspruch in sich selbst halten.

Willy Brandt, dem wir einen sehr schönen Essay über Rosa Luxemburg verdanken, vermutet, dass sie, anders als ihr Freund Paul Levi, sich nicht für

eine Rückkehr zur sozialdemokratischen Mutterkirche entschieden hätte. Mag sein. Aber in der stalinisierten KPD wäre kein Platz für Luxemburg gewesen. Die Brandleristen, wie die nach Heinrich Brandler benannten Anhänger des Luxemburgismus hießen, wurden alle aus der Partei vertrieben. Die Sozialdemokratie blieb dauerhaft gespalten, allerdings nicht in drei Parteien, da die zunächst überaus erfolgreiche USPD bald in der Bedeutungslosigkeit verschwand, aber in zwei Parteien. Manche von Luxemburgs Weggefährten kehrten zur SPD zurück, neben Levi z. B. Karl Kautsky, andere, wie Paul Frölich (deutscher Kommunist, Nachlassverwalter und Biograf von Rosa Luxemburg), schlossen sich der linkssozialistischen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) an. (Auch der zitierte Willy Brand wechselte 1931 von der SPD zur SAP.)

Rosa Luxemburg wollte zeitlebens politisch wirken, schon ganz früh, als Gymnasiastin, schloss sie sich einer politischen Gruppierung mit dem Namen Proletariat an. Im Laufe der Jahre kamen noch sechs weitere Parteien hinzu. Es ist schwer vorstellbar, so Piper, dass sie sich, hätte sie länger gelebt, mit der Rolle einer Einzelgängerin, die nur publizistisch tätig gewesen wäre, begnügt hätte.

Als Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919 ermordet wurde, gehörte sie der KPD an, welche in der Folge die Tote stets für sich reklamierte, zugleich aber ihre Ideen und Überzeugungen vehement verurteilte. Die Sozialdemokraten, die mit der ehemaligen Genossin nichts mehr zu tun haben wollten, machten es den Kommunisten leicht, diesen Anspruch durchzusetzen. Nichts belastete die Beziehungen zwischen den beiden Arbeiterparteien in

der Weimarer Republik mehr als dieser ruchlose Mord während der Regierungszeit des von der MSPD dominierten „Rats der Volksbeauftragten“. Hannah Arendt glaubte sogar, dass er die Spaltung der europäischen Linken in Sozialdemokraten und Kommunisten unwiderruflich gemacht habe. Erfolgt wäre sie wohl, so Piper, auch ohne diese Tat. Aber der Graben zwischen den beiden deutschen Parteien wäre dann weniger tief und unüberbrückbar gewesen.

Rosa Luxemburgs Ziel war die Befreiung der Menschheit durch den Sozialismus, nicht Rechte für einzelne Gruppen. Dafür kämpfte sie, rücksichtslos gegen andere wie gegen sich selbst, und das war, so scheint es, schon in früher Jugend in ihr angelegt.

Im März 2018 wurde die Gedenktafel für Rosa Luxemburg entfernt, die in Zamość viele Jahre lag an die weltberühmte Tochter dieser Stadt erinnerte. Als Grund wurde die im öffentlichen Raum verbotene kommunistische Propaganda angeführt. Mit diesem Schritt reihte sich die Regierung in Warschau in eine schlimme Tradition ein, in der seit jeher behauptet wird, die Jüdin Rosa Luxemburg sei eine eingefleischte Feindin Polens gewesen.

Die vorliegende Biografie über die Vorkämpferin der europäischen Arbeiterbewegung ist die erste Lebensbeschreibung im vollen Sinne des Wortes, die Herkunft, Familie, Privatleben ebenso intensiv in den Blick nimmt wie Luxemburgs politisches Wirken und auch die Welt beschreibt, in der sie sich bewegte. Der Historiker Ernst Piper liefert eine atmosphärisch dichte Beschreibung ihres Lebensweges und zugleich eine profunde Analyse ihres wissenschaftlichen Werkes und ihrer politischen Schriften.

Nationalitätenfrage

Rosa Luxemburg litt sehr unter dem Verlust dessen, was ihr politische Heimat gewesen war. Sie hielt die Wiederherstellung Polens durch den Zusammenschluss der drei Teilungsgebiete immer für ein Hirngespinnst. Für sie hatte die Tradition der polnischen Nationalaufstände des 19. Jahrhunderts unter den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen längst aufgehört, mehr zu sein als ein die Gemüter erbauender historischer Stoff. Niemand könne die gescheiterte nationale Tradition der Polen wiederbeleben, auch nicht die Arbeiterbewegung. Denn Proletariat und Bourgeoisie, auch im modernen Polen längst die beiden entscheidenden gesellschaftlichen Hauptklassen, würden sich von ganz anderen Interessen leiten lassen. Rosa Luxemburgs Rechnung war, so Politt, verblüffend einfach: Das Zeitalter der Ausbildung bürgerlicher Nationalstaaten sei – zumindest für Europa – vorbei. Prominentestes Opfer dieser Tendenz sei Polen geworden, das durch Besonderheiten seiner Entwicklung nicht die innere Kraft besessen habe, einen eigenen Nationalstaat auszubilden. Als eine wichtige, wenn nicht überhaupt als die wichtigste Ursache macht Rosa Luxemburg das Ausbleiben der Klassenkämpfe zwischen Adel und Bourgeoisie, den Niedergang der Städte aus, wodurch bereits im ausgehenden 17. Jahrhundert ein geschichtliches Urteil über die im 16. Jahrhundert gebildete polnisch-litauische Union gesprochen worden sei.

Im Frühjahr 1908 schrieb Henryk Walecki, der spätere Mitbegründer der Kommunistischen Partei Polens, einen kritischen-polemischen Beitrag unter

dem Titel „Die SDKPiL und die Autonomiefrage“.¹ Unter dem Eindruck der Revolution von 1905 ließ die PPS-Linke in der nationalen Frage die Unabhängigkeitsforderung fallen und legte sich, bezogen auf eine künftige Republik in Russland, ein Föderalismusprogramm zu, das bei Rosa Luxemburg sofort auf schärfste und beißende Kritik stieß. Im Falle des Königreichs Polen würde eine Autonomie auf föderativer Basis schnell zur Beute reaktionärer gesellschaftlicher Kräfte werden, die sich skrupellos auf die klerikal-adlige Tradition stützen würden. Ganz am Anfang ihres Weges, in der Schrift „Das unabhängige Polen und die Arbeitersache“, hatte Rosa Luxemburg zwar auf die Möglichkeiten der Selbstverwaltung für Stadt- und Landgemeinden verwiesen, dies aber eher am Rande getan und seither nicht wesentlich vertieft oder ausgearbeitet.

Rosa Luxemburg sprach sich weniger gegen eine polnische Unabhängigkeit oder eine Wiederherstellung Polens aus, sie hielt vielmehr dieses Begehren für illusorisch, für eine Frage, die durch die geschichtliche Entwicklung längst ausreichend beantwortet und erledigt sei. Als wichtigsten Punkt hob sie dabei von Anfang an hervor, dass die beiden Hauptklassen der modernen Gesellschaft, die Bourgeoisie und das Industrieproletariat, an einem unabhängigen polnischen Staat kein Interesse mehr zeigen würden.

Zu einem Zeitpunkt, als die politische Gegenwart Rosa Luxemburgs unnachgiebige Haltung in der polnischen Frage zu bestätigen schien, nämlich während der Revolution von 1905, sah sie sich gezwungen, den eigenständigen gesellschaftlichen Charakter des Königreichs Polen stärker herauszustreichen.

In ihrer Schrift „Nationalitätenfrage und Autonomie“, einer weitgehend abgeschlossenen und systematischen Arbeit, stellt sie gleich am Beginn des Textes heraus, dass die Nationalitätenfrage durch die revolutionären Ereignisse für die Arbeiterbewegung nunmehr auch in Russland zu einer aktuellen Aufgabe geworden sei. Bis dahin habe sie vor allem die Tagesordnung der Sozialdemokratie in Österreich beeinflusst. Wie bei allen anderen Fragen seien für die Ausrichtung der Sozialdemokratie auch hier das Klasseninteresse des Proletariats und die Anforderungen des Klassenkampfes entscheidend.

Im zweiten Teil setzt sich Rosa Luxemburg mit dem Zusammenhang von Nationalidee und Nationalstaat auseinander. Sie versucht nachzuweisen, dass der Nationalstaat sich erst unter bürgerlichen Bedingungen ausbilde, nicht umgekehrt die Voraussetzung sei für die Herausbildung bürgerlicher Verhältnisse. Die Periode der Ausbildung bürgerlicher Nationalstaaten sei mit den Einheitsprozessen in Italien und Deutschland abgeschlossen, sodass für die Arbeiterbewegung in Österreich, vor allem aber im russischen Gesamtstaat Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung bestünden, durch die der Weg zur Ausbildung von Nationalstaaten praktisch unmöglich gemacht worden sei. Hier gehe es demzufolge um die Lösung von Nationalitätenfragen. Auch die polnische Frage, so die Konsequenz, wäre nunmehr weniger noch eine nationale Frage, sondern Teil der jeweiligen Nationalitätenfrage.

Im dritten Teil setzt sich Rosa Luxemburg mit dem Föderalismusgedanken als einer Lösungsmöglichkeit der Nationalitätenfrage auseinander. Sie

hält den Föderationsgedanken für eine bei jenen sozialistischen Gruppierungen bevorzugt herumgeisternde Idee, die nicht auf dem geschichtlichen Boden stünden. Rosa Luxemburg stellt diesem Föderalismusgedanken die Entwicklungstendenz der bürgerlichen Gesellschaften hin zu Zentralstaaten entgegen, zeigt, dass die Föderalistustendenzen ein historischer Rückschritt seien, ein Protest gegen den bürgerlichen Zentralstaat gewissermaßen von Positionen des feudalen Partikularismus aus. Sie skizziert das am Beispiel Deutschlands, wo bei Wahlen zum Reichstag seit 1871 das allgemeine und gleiche (Männer-)Wahlrecht galt, wogegen in den Teilstaaten – etwa in Preußen – noch Kurienwahlrechte in Kraft waren.

Dem wichtigsten Korrektiv dieser zentralistischen Tendenz in der bürgerlichen Gesellschaft, der modernen lokalen Selbstverwaltung, widmet Rosa Luxemburg sich im vierten Teil. Mit der durchgreifenden Zentralisation entstehe ein mächtiger bürokratischer Apparat, der wegen seiner Schablonenhaftigkeit überhaupt nicht in der Lage sei, den Anforderungen des modernen bürgerlichen Wirtschaftslebens hinsichtlich Anpassungsfähigkeit und Feingefühl zu genügen. Erst eine starke lokale Selbstverwaltung biete die Möglichkeit, den an sich steifen Staatsapparat an die gesellschaftlichen Bedürfnisse anzupassen.

Erst im fünften Teil kommt Rosa Luxemburg auf die Autonomiefrage zu sprechen. Unter bestimmten Bedingungen entstehe auf dem gleichen Boden, auf dem in den kapitalistischen Ländern die moderne lokale Selbstverwaltung wachse, die Landesselbstverwaltung – die Autonomie. Rosa Luxemburg spricht sich eindeutig für eine

Gebietsautonomie und gegen Nationalitätenautonomien aus. Entscheidend sei das Territorium, das von einer oder mehreren Nationalitäten bewohnt werde, die im Gesamtstaate in einer Minderheitenposition seien. Nach diesen Voraussetzungen und Kriterien sieht sie für das Königreich Polen alle Bedingungen erfüllt, um für die Autonomie des Landes zu kämpfen. Ansonsten hält sie sich sehr bedeckt, sieht keine Möglichkeiten für weitere Landesautonomien im russischen Gesamtstaat.

Der Forderung nach einer Landesautonomie für das Königreich Polen widmet sich der sechste und umfangreichste Teil. Da das Königreich Polen im Ergebnis des Ersten Weltkriegs vollständig verschwand, in den Bestand der neugebildeten Republik Polen aufging, was Rosa Luxemburg aus der Perspektive der Jahre 1908/09 noch für völlig ausgeschlossen hielt, gewinnt der heutige Leser schnell den Eindruck, es handle sich bestenfalls um historisch relevante Beschreibungen Rosa Luxemburgs. Doch weit gefehlt. Hinter dem heute historisch anmutenden Stoff steckt wahrer Zündstoff, der das Temperament der Autorin zum Ausdruck bringt und Lenin veranlasste, über einen „Krakauer Horizont“ zu spotten.

Während Marx seinerzeit die Losrennung des Königreichs Polen von Russland für den entscheidenden Beitrag hielt, um den Zarismus zurückzudrängen, lässt sich Rosa Luxemburg von einer anderen Überzeugung leiten: Der Zarismus im russischen Gesamtstaat lasse sich nur stürzen, wenn die Arbeiterbewegung im Königreich Polen an der Seite der russischen Arbeiterbewegung kämpfe. Die Zugehörigkeit des Königreichs Polen zum Ge-

samtstaat sei für den endgültigen und grundlegenden Sturz des Zarismus zur Voraussetzung geworden. So kehrt die Gedankenführung zurück zum Ausgangspunkt, zur Kritik am Recht auf Selbstbestimmung der Nationen.

Nicht nur die sowjetische Nationalitätenpolitik, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zwar in Theorie und Propaganda proklamierte, in der Praxis aber ganz anders handelte und dieses Recht zu einer verlogenen Phrase verkommen ließ, scheiterte. Bis heute steht die Linke überall nationalen Auseinandersetzungen hilflos gegenüber.

Es ist müßig, die vorliegende Schrift an den Ergebnissen des Ersten Weltkriegs messen zu wollen. Viel lohnender ist es, das tiefe Verständnis des Zusammenhangs von bürgerlicher Gesellschaft und demokratischen Verhält-

nissen auszuloten, dass diese Arbeit durchzieht. Rosa Luxemburg ging es um die Verantwortung der Arbeiterbewegung für die demokratische Entwicklung in der bürgerlichen Gesellschaft. Der Autonomieansatz von ihr ist geeignet, die aktuellen Diskussionen um die Zukunft Europas aus ihrer Bipolarität – Kompetenzzuwachs für die unzulänglich demokratisch legitimierten EU-Institutionen *versus* Neuaufgabe der Kleinstaaterei – zu befreien.

Josef Schmee

Anmerkung

- ¹ Die 1893 von Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Julian Marchlewski gegründete „Sozialdemokratie des Königreichs Polen“ (SDKP) nannte sich ab 1900 „Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen“ bzw. SDKPiL.